

Piotr Buras

Über den öffentlichen Umgang mit der Geschichte und die polnisch - deutschen Streitigkeiten

Wenn man die gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Eliten Polens und Deutschlands betrachtet, sieht man, dass sie - wenn sie über die Vergangenheit sprechen - oftmals aneinander vorbeireden. Wie kann man das erklären? Ich glaube der Hauptgrund dafür liegt darin, dass sich die Fragmente der Erinnerungen in Polen und Deutschland seit mehr als zehn Jahren weit voneinander entfernt haben und heute gar nicht mehr zueinander passen. Oft wird dieses Phänomen mit den vermeintlich widersprüchlichen nationalen Interpretationen der Vergangenheit erklärt. Ich glaube aber nicht, dass diese Auffassung des Problems die Ursachen für die heutige Verwirrung im polnisch - deutschen Dialog über die Geschichte wirklich erklären kann. Das Problem liegt meiner Meinung nach an anderer Stelle. Es ist weder die Interpretation der Tatsachen als solcher noch das Bild der Vergangenheit in den beiden Ländern, die das Problem darstellen. Unterschiede in der Interpretation solcher kontroverser Probleme, wie dem Versailler Vertrag oder der Vertreibung der deutschen Bevölkerung, oder der unterschiedlichen Bedeutung, die man denselben historischen Ereignissen zuschreibt oder dem emotionalen Verhältnis zu diesen Ereignissen - das sind alles ganz normale Erscheinungen. Normal sind die verschiedenen nationalen Vorstellungen von der Geschichte und dass sie sich voneinander unterscheiden und ihre Eigenart gegenüber anderen Vorstellungen zeigen. Ihre Koexistenz ist nicht nur möglich, sondern auch unvermeidlich und muss durchaus nicht zu akuten Konflikten führen. Wenn wir es aber gegenwärtig fast auf Schritt und Tritt mit polnisch - deutschen Konflikten über die Geschichte zu tun haben, dann ist etwas anderes die Ursache, und das ist die Art und Weise, wie die Vergangenheit (und nicht nur die polnisch - deutsche, sondern die Vergangenheit im Allgemeinen) im öffentlichen Raum in den beiden Ländern erinnert und "gehandhabt" wird. Es ist die sich verändernde Art und Weise, wie man die Geschichte "handhabt", die die Probleme in den gegenseitigen Beziehungen der polnischen und der deutschen Eliten verschärft und zur Quelle der Missverständnisse in der gegenseitigen Wahrnehmung wird. Mein Referat besteht aus zwei Teilen: Im ersten möchte ich die - meiner Meinung nach - wichtigsten Aspekte der sich wandelnden Kultur und Politik der Erinnerung in Deutschland kurz vorstellen, und zwar:

- Entpolitisierung der Erinnerung an das Dritte Reich
- Privatisierung der Erinnerung
- Pluralisierung der Diskussion über die Vergangenheit.

Meine These lautet: diese Richtung der Veränderung der deutschen Erinnerung widerspricht grundsätzlich der Richtung, in die die Diskussion über die Vergangenheit in Polen tendiert. Mit diesem Problem und mit seinen Ursachen möchte ich mich im zweiten Teil meines Referats befassen.

I.

Beginnen wir also mit der Frage, die seit einigen Jahren die polnische Öffentlichkeit bewegt, und Gegenstand zahlreicher Kommentare von Politikern ist, und einer der wichtigsten Bezugspunkte im Debakel um den politischen Umgang mit der Geschichte. Die Frage lautet: Was ist mit der deutschen gemeinschaftlichen Erinnerung eigentlich los? Kommt es zu einer heftigen Renationalisierung und Revision historischer Urteile, wovon der polnische Premierminister Jarosław Kaczyński in einem der Interviews sprach? Oder passiert nichts Bedeutsames, wie man aus manchen beruhigenden Äußerungen deutscher Politiker und Intellektuellen schließen kann? Ich würde sagen, es passiert sehr viel, aber die eintretenden

Veränderungen haben mit dem, wovon polnische rechts gesinnte Politiker und Journalisten sprechen, nicht viel gemein.

Meine Erklärung bezieht sich auf die drei oben angeführten, und vielleicht ziemlich rätselhaft lautenden Begriffe. Erlauben Sie, dass ich mit der Erläuterung des Begriffes "Entpolitisierung der Erinnerung" beginne. Dieser Begriff scheint mir für das Verständnis dessen, was in dem Bereich der öffentlichen Darstellung der Vergangenheit in Deutschland heute geschieht, von besonderer Bedeutung zu sein.

Eines der sichtbarsten Merkmale der politischen Kultur der Bonner Republik war eine außergewöhnliche Politisierung des Problems der Erinnerung, der Vergangenheit und der historischen Verantwortung. Die Worte von Günter Grass, dass die Teilung Deutschlands eine "Strafe für Auschwitz" sei, war ein extremer aber auch typischer Ausdruck dieser Politisierung. Für die Linken aus der 68er Generation war die Vergangenheit eine Schlüsselebene in der politischen Konfrontation mit der Generation der Eltern. Auch der "Historikerstreit" Mitte der 80er Jahre war keine gewöhnliche akademische Diskussion, sondern vor allem eine Auseinandersetzung zweier unterschiedlicher Visionen von der "Handhabung" der Vergangenheit im öffentlichen Leben und ihrer Bedeutung für die Identität der Deutschen. Der Sieg der Linken in diesem Streit hatte die Überzeugung zum Ergebnis, dass die Erinnerung an Auschwitz deutsche Staatsräson ist, und dass die deutsch - nationalen Tendenzen auf Dauer diskreditiert werden sollen. Der Satz über "die Lektion aus der Vergangenheit" ist vielleicht die meist wiederholte Phrase in der politischen Sprache der Bonner Republik. Der Bezug auf die Vergangenheit war in der öffentlichen Diskussion nicht nur Folge einer moralischen "Verpflichtung zur Erinnerung", sondern er diente auch als eine politische Richtungsentscheidung zur Aktivität - und das sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Mit dem Bezug auf die unrühmliche Vergangenheit und Verantwortung für Auschwitz erklärte und begründete man die föderative Konstruktion des deutschen Staates, die Versöhnungspolitik gegenüber den Nachbarn, die Abneigung gegen Gewaltlösungen in internationalen Beziehungen, die europäische Integration usw. Zwanzig Jahre nach dem berühmten "Historikerstreit" wird diese politische Interventionsfunktion der Erinnerung wesentlich abgeschwächt. Daran denke ich, wenn ich über "Entpolitisierung" spreche. Was sind die Ursachen dafür? Vor allem, natürlich, der Generationswechsel.

Das Ableben der Zeuggeneration und das allmähliche Aus dem öffentlichen Leben Scheiden der Generation 68, das durch Streitigkeiten um die Geschichte gekennzeichnet war, verursachen, dass solch eine Veränderung überhaupt möglich ist. Aber das ist noch nicht alles. Nicht weniger wichtig ist ein anderer Faktor: der Bezug auf die Vergangenheit als Begründung für politische Aktivitäten war bereits ausrangiert. Anders als früher vermochte die "Auschwitz - Lektion" immer weniger Probleme zu lösen.-

Nicht nur der Begriff der "Teilung Deutschlands als Strafe für Auschwitz" wurde als veraltet gewertet. Am besten war diese Veränderung bei der Beteiligung Deutschlands an der NATO - Intervention in Kosovo im Jahre 1999 sichtbar. Joschka Fischer versuchte zwar die Richtigkeit dieser Intervention damals mit den Worten "nie wieder Auschwitz" zu begründen, aber später bemerkte er selbst, dass das unpassend war. Deutschland beteiligte sich an diesem Krieg vor allem deshalb, weil die Verbündeten das erwarteten. Die Solidarität mit den Verbündeten war der wichtigste Beweggrund, und der Druck, die aus der Vergangenheit herrührenden Einschränkungen zur Seite zu schieben, kam auf Deutschland von außen. Heutzutage wirkt sich die Vergangenheit auf deutsche militärische Einsätze im Ausland nicht hemmend aus, obwohl der Widerstand dagegen in Deutschland immer noch stark ist.

Ein anderes Thema ist der rechtsradikale Extremismus. Der Journalist Jörg Lau wies in der Monatszeitschrift "Merkur" darauf hin, dass in der Diskussion zum Thema 'no-go-areas' in Ostdeutschland, in denen Fremde um ihr Leben bangen müssen, das historische Argument an Bedeutung verlor zu Gunsten der Frage nach der Gesellschaft, in der wir heute leben und in

der wir in der Zukunft leben wollen (...) Deshalb sollte der Kampf mit dem radikalen Extremismus nicht mit Hilfe des das Versäumte nachholenden Antifaschismus geführt werden, sondern als Kampf für eine Gesellschaft, in der man sich nicht zu fürchten braucht, in der es kein durch den Staat toleriertes Unrecht gibt." Mit anderen Worten: "die Auschwitz - Keule" (Walser) trifft ins Leere, denn der Kern des Problems steckt nicht in der irrationalen Zuwendung zur anachronistischen und verbrecherischen Ideologie, sondern in heutigen Problemen des Arbeitsmarktes und der Ausschließung.

Dasselbe gilt für die europäische Integration. Das von Kohl benutzte existenzielle Argument ("Krieg und Frieden") überzeugt heutzutage niemanden mehr. Das alles zeigt, dass sich die politische Funktion der Erinnerung an das Dritte Reich in der Form, in der sie noch vor mehr als zehn Jahren gebraucht wurde, erschöpft hat. Diese Veränderung ist auch in intellektuellen Diskussionen und im Generationenkonflikt sichtbar. Heutzutage ist nicht mehr die Vergangenheit des Dritten Reiches oder die Erinnerung daran die Ebene, auf der die Generation der 40jährigen ihren Kampf gegen die Generation 68 um die geistige Führung ausficht, sondern eben das Erbe der letzteren, das immer stärker durch die jüngeren Intellektuellen in Frage gestellt wird. Es fällt schwer diesen Prozess in moralischen Kategorien zu beurteilen - die Zeit, in der das Dritte Reich ein zentrales Motiv des deutschen öffentlichen Lebens bildete, ist einfach unwiederbringlich vorbei.

Ich glaube nicht, dass diese Veränderung eine Relativierung der deutschen Schuldfrage oder eine Revision der Geschichte bedeutet. Auschwitz bleibt nach wie vor ein fundamentaler und konstitutiver Teil der deutschen gemeinschaftlichen Erinnerung. Nicht zufällig ist das Holocaust - Mahnmal im Zentrum Berlins das wichtigste Projekt der deutschen historischen Politik. Aber seine Bedeutung ist nicht mehr so direkt und greifbar wie früher. Ein nicht weniger wichtiger Grund für diese Veränderung ist die Tatsache, dass das Bild der deutschen Geschichte - 60 Jahre nach dem Krieg - nicht mehr durch die 12 Jahre des Nationalsozialismus dominiert ist. Dieses Bild ist pluralistischer. Man sieht in der deutschen Geschichte auch andere Elemente. Und ich meine hier nicht in erster Linie die Renaissance des Interesses an der preußischen Geschichte, was hier und da in Polen negative Assoziationen und sogar Befürchtungen hervorruft. Es ist auch nicht die Vision Deutschlands als einer "Nation der Opfer" (Vertreibungen, Bombenangriffe usw.), die meiner Meinung nach in den Vordergrund tritt. Es ist eben die "neue Vergangenheit" Deutschlands, die heute den Deutschen ein Gefühl eines weniger krampfhaften Umgangs mit der Geschichte verleiht, es sind die Nachkriegsjahre, also die Geschichte der BRD. Von 1968 bis heute sind schon fast 40 Jahre vergangen, also genau so viele, wie vom Ende Des Dritten Reiches bis zum Historikerstreit 1986. Die Nachkriegszeit gehört für die mittlere und die junge Generation schon der Geschichte an, und dies verursacht, dass das moderne Deutschland, wenn überhaupt, immer weniger den Gründungsmythos Auschwitz braucht. Die Quelle für das Bewusstsein des modernen Deutschland, seine Identität und seinen "Sinn" sind Errungenschaften der letzten 50 Jahre, also das Wirtschaftswunder, die Demokratisierung, die konstruktive Rolle in der Welt und - last but not least - die gründliche Abrechnung mit dem Nationalsozialismus. In immer größerem Ausmaß beginnen Deutsche sich in Anlehnung an diese "neue" Vergangenheit zu definieren.

Man könnte noch weitere Beispiele dieser Veränderung gegenüber der Wahrnehmung der Vergangenheit anführen, ähnlich wie die Titel der in diesem Geiste geschriebenen Bücher vor allem durch die heute 50jährigen. Ich zitiere nur Reinhard Mohr, den Autor des Buches mit dem charakteristischen Titel "Das Deutschlandgefühl": "Nach etwa vier Jahrzehnten der Bundesrepublik begann etwas in der Art einer Selbsthistorisierung der Nachkriegsrepublik, ein Prozess, in dem hier und da ein Schuss Stolz erschien, so etwas wie Identität".

Ich möchte auch die Worte von Horst Köhler anführen, der im Mai 2005 sagte: "Wenn wir den Weg betrachten, den wir seit 1945 zurücklegten, erkennen wir die Kraft, von der wir

Gebrauch machen können. Das gibt uns Mut für die Zukunft (...) Deutschland ist eine stabile Demokratie. Unser Land ist vielfältiger und weltoffener denn je. Wir fanden uns als Nation wieder. Wir haben gute Gründe stolz auf unser Land zu sein. Das, was wir erreichten, wäre undenkbar ohne die Lektion, die wir aus der Vergangenheit gelernt hatten. Das ist ein Resultat unserer ständigen Bemühungen". Das ist der wesentliche Inhalt der sog. Normalisierung in Bezug auf die Vergangenheit, wie sie in Deutschland entsteht. Aber Köhler sprach auch vom Ableben der letzten Zeugen des Krieges und betonte, dass die nächsten Generationen "jetzt die Aufgabe auf sich nehmen, die Erinnerung daran, was geschehen war, zu bewahren und weiterzugeben". Mir scheint, dass eben diese Rede den Charakter der neuen deutschen Lösung der Erinnerungsfrage am besten widerspiegelt.

Es ist interessant, dass Köhler auch in diesem Geiste über das Problem der Vertreibung sprach. In seiner Rede anlässlich des Tags der Heimat im vorigen Jahr wies er nicht so viel (oder nicht nur) auf die Erinnerung an die Leiden der Vertriebenen hin, sondern auch auf ihre erfolgreiche Integration in der deutschen Gesellschaft. Einen ähnlichen Charakter hatte übrigens die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" im Bonner Haus der Geschichte, die das Gedenken an Millionen Aussiedler als eine Art Gründungsmythos der Bundesrepublik festigte. Das zeigt auch eine Veränderung im Denken an die Vergangenheit, und gleichzeitig werden Prozesse in ein anderes Licht gestellt, die in Polen häufig als "Geschichte - aufs -Neue - Schreiben" dargestellt werden.

Die erwähnte "Entpolitisierung" der Erinnerung an das Dritte Reich lockert zweifellos das Korsett der politischen Korrektheit. Vor einiger Zeit verbreitete sich ein zur Gedenkfeier auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Buchenwald eingeladenen christlich - demokratischen Minister weitläufig über die Vertriebenen statt der Opfer dieses Konzentrationslagers zu gedenken (seine Rede wurde durch den Protest der empörten Zuhörer unterbrochen). Und im Buch eines der führenden konservativen Intellektuellen, des Richters am Bundesverfassungsgericht, Udo di Fabio, kann man lesen, dass "Nazis verkleidete Feinde der deutschen Kultur waren", und deklassierte Deutsche, die Hitler gefolgt waren, im Grunde genommen "in einer sicheren, friedlichen, bürgerlichen Welt" leben wollten, aber betrogen und verführt wurden. Solche Erscheinungen und Äußerungen sind inzwischen untrennbarer Teil des Pluralismus der deutschen Diskussion über die Vergangenheit. Dazu gehört auch Erika Steinbach, die meiner Meinung nach die deutsch - nationale oder nationalistische Strömung vertritt. Ich meine, es lässt sich nicht leugnen, dass solch eine Strömung existiert und sehr gut gedeiht. Ich meine aber nicht das es berechtigt ist zu behaupten, dass Ideen dieser Strömung und ihre Zukunftsvision im Mittelpunkt der deutschen politischen Kultur stehen. Sie ist einfach eine von vielen Tendenzen, obwohl mit Sicherheit sichtbarer als vor über zehn Jahren.

Damit das Bild der deutschen Wandlungen im Bereich der gemeinschaftlichen Erinnerung vollständig ist, möchte ich auf zwei andere Aspekte aufmerksam machen. Erstens die Privatisierung - gewissermaßen die Rückseite des Entpolitisierungsprozesses. Das, was früher den zentralen Platz im öffentlichen Bereich einnahm, wird heutzutage zur Domäne von Einzelpersonen. Davon zeugt z.B. die rasante Entwicklung des Interesses an Familiengeschichten - Regale in Buchhandlungen sind voll von solchen Titeln. Das Bild der Vergangenheit ist in diesen Büchern subjektiv, individualisiert. Ihre Autoren erörtern nicht die großen historischen Dilemmata und Fragen, sondern zeigen die Geschichte in einem Mikrokosmos - aus der Sicht ihrer Eltern, Onkel oder Geschwister. Einen ähnlichen Charakter hat im Grunde genommen das Interesse an der Geschichte der Vertreibungen und an den Bombenangriffen.

Dazu kommt ein zweiter Aspekt, von dem ich an dieser Stelle sprechen möchte -Daniel Levy und Natan Sznaider nennen ihn eine "kosmopolitische Erinnerung". Diese Autoren schrieben in ihrem berühmten Aufsatz, dass "kosmopolitische Erinnerungen meistens auf der

Anerkennung und dem Wunsch basieren, den Leiden in der Zukunft vorzubeugen oder sie zu beschränken". In dieser Auffassung - sei es in Bezug auf den Holocaust, sei es in Bezug auf das Problem der Vertreibung - "wird die deutsche Vergangenheit zu einer globalen Lektion". Solch ein eindeutig zukunftsorientierter Prozess ist auch mit der Entpolitisierung der Erinnerung verbunden. In den Vordergrund rückt die Frage der Menschenrechte und das Problem der Opfer, und der historische Kontext. Die Fragen der Schuld und Verantwortung spielen eine geringere Rolle. Das Verurteilen der Verstöße gegen Menschenrechte gemäß den heutigen Standards bildet den Sinn solch einer Universalisierung der Erinnerung. Ähnlich wie früher der Holocaust, so werden heutzutage Vertreibungen in der kosmopolitischen Diskussion nicht als die eine konkrete Gesellschaft oder eine Nation betreffende Begebenheiten wahrgenommen, sondern als allgemeinmenschliche Probleme, die mit einem Sammelbegriff "ethnische Säuberungen" bezeichnet werden. Dies erklärt in gewissem Grade, warum auch Leute aus dem linken Spektrum, wie Ralph Giordano oder Helga Hirsch, sich für Gedenkfeiern an die Vertreibung engagieren. Ihr Interesse an diesem Thema hat mit einer nationalistischen Wendung in ihren Biographien wenig gemein. Sie betrachten die Vergangenheit nicht als ein Reservoir nationaler Traditionen und gemeinschaftlicher Gefühle, sondern - im Gegenteil - als eine Quelle universeller Werte, die ihre Bedeutung unabhängig von Zeit, Ort und historisch - gesellschaftlichem Kontext beibehalten.

In diesem Teil meines Referats versuchte ich zu zeigen, worin die Veränderung im deutschen Diskurs über die Vergangenheit und die Kultur der Erinnerung bestehen, indem ich sie nicht mit Hilfe solcher Begriffe, wie Relativierung und Renationalisierung definierte, sondern indem ich solche Begriffe, wie Entpolitisierung, Privatisierung und Pluralisierung der Diskussion gebrauchte. Jetzt möchte ich kurz erläutern, warum ich der Ansicht bin, dass die Richtung dieser Veränderung im Widerspruch mit der Entwicklung des öffentlichen Umgangs mit der Geschichte in Polen steht, und woher die heutigen Spannungen im polnisch - deutschen Dialog herrühren.

## II.

Beginnen wir mit dem Prozess der polnisch - deutschen Versöhnung, mit dessen Krise auf der Elitenebene wir es zweifellos heutzutage zu tun haben. Er war nicht nur eine kluge politische Strategie des vereinten Deutschlands und des demokratischen Polens, sondern er war auch ohne eine spezifische Konstellation in der politischen Kultur der beiden Länder undenkbar. Auf der deutschen Seite war die Politisierung der Vergangenheit ein unabdingbares Element. Noch in der 1998 durchgeführten Untersuchung gestanden 73,6% der befragten Eliten, dass "in der Vergangenheit Deutsche den Polen so viel Böses angetan hatten, dass sie jetzt Bestrebungen Polens zum EU - und NATO - Beitritt als Zeichen der Versöhnung unterstützen sollten." 46,2% der Befragten waren sogar der Meinung, dass man wegen dieses Zusammenhangs Polen in diese Organisationen aufnehmen sollte, und das unabhängig von den Kosten, die mit dieser Entscheidung verbunden wären. Dies war wohl der allerletzte Moment, in dem solch eine Motivation noch eine wichtige Rolle spielte.

Eine weitere sehr wichtige, und wie es scheint, eine stark unterschätzte Quelle der gegenseitigen Frustrationen zwischen den Eliten Polens und Deutschlands ist ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Herausforderungen, die für die politische Kultur Polens und Deutschlands die Annäherung und die polnisch - deutsche Versöhnung darstellten. Die Bereitschaft zur Revision antideutscher Vorurteile war in Polen eine unabdingbare Voraussetzung für eine neue Orientierung in der Außenpolitik des freien Polens, die auf einer Annäherung mit dem westlichen Nachbarn beruhen sollte. Diese Annäherung sollte dem aus der Lage zwischen zwei Feinden - Deutschland und Russland - resultierenden geopolitischen Fatum ein Ende setzen. Diese Funktion erfüllte u.a. die selbstkritische und schmerzhaft Reflexion über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Die Wendung in die Richtung Deutschlands, die durch die demokratischen Eliten der III. Republik Polen vorgenommen

wurde, musste auf gesellschaftlicher Legitimation basieren, die ohne eine radikale Revision der bestehenden Klischees und Vorurteile unerreichbar war. Die Umgestaltung des Bildes, in dem Deutsche nur als Feinde auftraten, war für die polnische Außenpolitik die Forderung der Zeit. Die Art und Weise der damaligen Diskussion über die Vergangenheit war sehr selbstkritisch, liberal, offen und auf die Akzeptanz der Gesichtspunkte anderer Nationen ausgerichtet. Die damaligen Eliten betrachteten die Geschichte nicht als Werkzeug im politischen Streit, sondern als einen Bereich, in dem ethische Argumente gelten. Die Schirmherren solch eines "kritischen Patriotismus" waren Jan Józef Lipski, Jan Błoński, Adam Michnik. Eben dank dieser Einstellung, die - wie man sieht - auch eine pragmatische Funktion hatte, war der Prozess der Umgestaltung des Deutschlandbildes sehr tiefgründig. Man kann überhaupt nicht über die polnische politische Kultur nach 1989 sprechen, ohne diese grundsätzliche Veränderung zu berücksichtigen.

In Deutschland fand kein vergleichbarer Prozess - d.h. ein Zurückrufen Polens in das historische Bewusstsein Deutschlands - statt. Die Annäherung mit Polen nach 1990 war in Deutschland weder durch eine große Diskussion über die Ostpolitik, noch eine tiefere öffentliche Reflexion über die polnisch - deutsche Vergangenheit begleitet. Alles erfolgte ziemlich still und wenig spektakulär - ganz anders als in Polen. Man kann darin ein Symptom des traditionellen Mangels an Interesse an Polen in Deutschland sehen, aber ich möchte auf einen anderen Grund hinweisen. Solch eine Revision der Denkweise über Polen war - so konnte es damals scheinen - aus der deutschen Perspektive überhaupt nicht nötig. Nach der Wiedervereinigung erlebten Deutsche keine Revolution in der Außenpolitik. Deren Hauptelemente blieben unverändert. Die erwähnte Rolle des "Polenadvokates" passte vollkommen zum bereits bestehenden Modell der Außenpolitik der BRD als Zivilmacht, also eines Vermittlers (eines ehrlichen Maklers), der die europäische Integration, die Zivilisierung internationaler Beziehungen und eine friedliche Koexistenz mit den Nachbarn anstrebt. Die Aufnahme dieser Rolle erforderte keine moralisch - politische Legitimation, ganz anders als es in Polen der Fall war, wo der Deutsche als Freund und Advokat ohne eine grundsätzliche Veränderung in den Köpfen schwer zu akzeptieren war.

Warum spreche ich davon? Ich denke, dass heute die Folgen dieses Tatbestands auf der Hand liegen. In Polen ist die Überzeugung verbreitet, dass unsere Bemühungen um die Versöhnung mit den Deutschen nicht in gleichem Maße von der anderen Seite erwidert wurden. Und das führt zu Frustrationen und zu Erwartungen, dass die Deutschen das Versäumte endlich einmal nachholen. In Deutschland dagegen wird die Unterstützung für den EU - Beitritt Polens als die Endetappe der moralisch - historischen Abrechnungen und der Anfang einer neuen Periode angesehen, in der jede Partei über ein neues, unbeschriebenes Blatt verfügt.

Die letzten Jahre, mit zahllosen polnisch - deutschen Streitigkeiten, waren eben eine Arena, auf der diese widersprüchlichen Erwartungen und Interpretationen aufeinander prallten. Aber in Polen kam es mittlerweile auch zu wichtigen Veränderungen. Worauf beruhten sie und was für eine Rolle spielte darin die deutsche Problematik?

Den Zusammenhang zwischen diesen zwei Problemen kann man darstellen, indem man sich auf Prozesse beruft, die ich symbolisch als "Jedwabne - Effekt" und "Steinbach - Effekt" bezeichne. Der erste betrifft die grundsätzliche Wendung, die in der polnischen Diskussion über die Vergangenheit erfolgte, als in den polnischen Medien eine umfangreiche Diskussion über das Verbrechen in Jedwabne stattfand. Zwar nahm die Kritik an der historischen Amnesie in der polnischen III. Republik mit dem "kritischen Patriotismus" und der Abwendung von der Tradition und Förderung eines einseitigen Bildes der polnischen Vergangenheit bereits Ende der 90er Jahre zu. Aber erst nach der heftigen Diskussion über Jedwabne wurde die Notwendigkeit, eine Gegeninterpretation für einen Antimärtyrer- und selbstkritischen Diskurs über die Erinnerung zu formulieren, für einen großen Teil der Elite zu einem moralischen Muss. Das Postulat, die nationale Gemeinschaft auf Grund positiver

historischer Traditionen zu gestalten, der Druck auf solche Werte, wie Nation, Patriotismus, Solidarität, Gemeinschaft, Wahrnehmung der Vergangenheit und der Erinnerung daran als "Eigentum" der Nation und das Postulat einer aktiven Rolle des Staates bei der Gestaltung des historischen Bewusstseins der Bürger wurden zu den wichtigsten Merkmalen dieses Prozesses. Die Überzeugung von der "Vergeltung der Erinnerung" und dem in diesem Zusammenhang ausgefochtenen "Kampf um die Erinnerung" in ganz Europa verstärkte diese Argumentation. Wenigstens auf dem Niveau der intellektuellen Eliten und der medialen Diskussion kann man über eine ausdrückliche Verschiebung des Schwerpunktes eben in die Richtung der so definierten Haltungen sprechen.

Dem so verstandenen "Jedwabne - Effekt" kam beinahe zur gleichen Zeit der "Steinbach - Effekt" zu Hilfe. Er bedeutet die Reaktion auf die durch die polnische Öffentlichkeit genau beobachteten Diskussionen in Deutschland über deutsche Vertriebene und andere deutsche Opfer des II. Weltkrieges, und vor allem die Reaktion auf die Tätigkeit der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen. Für einen großen Teil der polnischen Eliten (insbesondere für den mit eher konservativen Ansichten) wurde die pessimistische Wertung der Veränderung im Bereich der Erinnerung in Deutschland ein zusätzliches starkes Argument für die These, dass im polnischen historischen Bewusstsein weitgehende Veränderungen notwendig sind. Tomasz Merta, Verfechter und einer der Initiatoren der "historischen Politik" schrieb folgendes: "Die Konfrontation mit dem sehr radikalen Projekt der historischen Politik [Zentrum gegen Vertreibungen], die sich zu beweisen bemühen, das "Bretter" nicht nur vor deutschen sondern auch vor unseren Augen stecken, hatte eine erhebliche Wendung der polnischen Stimmung zur Folge." Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass der "Steinbach - Effekt" nur ein zusätzlicher Impuls war, der nicht so sehr über die Veränderung des Klimas um die Erinnerung und die historische Politik entschied, sondern die unabhängig davon bestehenden Tendenzen verstärkte.

So sehen also die Hintergründe für die heutigen Missverständnisse aus.

Unter den Bedingungen der Entpolitisierung der Erinnerung an das Dritte Reich in Deutschland wird es immer schwieriger, die historische Raison als Verhandlungsargument in den Beziehungen mit Deutschen vorzubringen. Um es klar zu sagen: Kaum jemand will auf solche Argumente hören. Manchmal ist das mit Ignoranz und mangelndem historischen Elementarwissen verbunden, was in Deutschland ein reales Problem ist. Der Grund hierfür liegt darin, dass Deutsche sich wegen ihrer "neuen Vergangenheit" in eine normale Nation verwandelten, deren frühere, unrühmliche Vergangenheit zwar ein unvermeidliches Element der Identität, doch nicht mehr ein Indiz für politisches Handeln ist. Somit ist die polnische historische Politik, deren Adressat Deutsche sind, um 20 - 30 Jahre verspätet. Man sieht darin einen gewissen Fatalismus der Ungleichzeitigkeit der Prozesse in Polen und in Deutschland. In der Zeit, in der polnische Argumente in Deutschland auf fruchtbaren Boden hätten fallen können, d.h. in der Zeit, als die Geschichte eine strikte politische Angelegenheit war, also in den 70 - 80er Jahren, war Polen in den deutschen Diskussionen abwesend. Natürlich war Polen nicht selbst schuld daran - die Ursachen waren der kalte Krieg und der eiserne Vorhang. Heute, wenn die Autoren der polnischen historischen Politik das Versäumte nachholen und an das deutsche Schuldgefühl appellieren, den Deutschen die polnische Sicht der Vergangenheit beibringen, Anerkennung für dieses Sicht fordern möchten - und was noch wichtiger ist - das alles als einen untrennbaren Teil der Außenpolitik betrachten, treffen sie in Deutschland auf wachsendes Unverständnis und Verärgerung.

Und noch mehr - die im Bereich der Erinnerung in Deutschland stattfindenden Prozesse werden unter dem Gesichtspunkt des polnischen Diskurses interpretiert. Mit anderen Worten: die Sicht auf Deutschland, präsentiert durch den im öffentlichen Diskurs dominierenden Teil der Eliten, wurde zur Geisel dieser neuen Auffassung der Vergangenheit in Polen - es geht um die Betonung der gemeinschaftlichen Werte, die Kategorie der Nation, um historische Politik.

Als Konsequenz wurde die in polnischen Kommentaren dargestellte Landschaft der neuen deutschen Erinnerung teilweise zur Projektion der Vorstellungen und Erwartungen in Bezug auf die eigene Gesellschaft. Die konservativen Eliten in Polen scheinen zu glauben (und das erweckt ihre größte Unruhe), dass in Deutschland ein ähnlicher Prozess zu dem stattfindet, welchen sie seit einiger Zeit selbst postulieren: starke Politisierung der Geschichte, Aufbau einer kohärenten Vision der nationalen Geschichte und in Anlehnung daran - die Gestaltung patriotischer Haltungen. Viele Kommentatoren interpretieren die Entpolitisierung der Geschichte im öffentlichen Bereich als historische Amnesie, die Pluralisierung der Diskussion als ein Hereinlassen der Revisionisten in den Mainstream und konstruieren einer Märtyrervision der Deutschen als Opfer der Geschichte des XX. Jahrhunderts ("Deutsche als Opfernation"), und die Individualisierung und Kosmopolitik in der Sicht der Vergangenheit als Relativierung der deutschen Schuld. Und wie meistens: fast alles stimmt. Was nicht stimmt, sind die Proportionen und generalisierenden Schlussfolgerungen.

In Deutschland überwiegt dagegen die Meinung, dass das alles ein Zeugnis dafür ist, dass Polen dem wilden Nationalismus anheim gefallen ist und dass das eine absolut unbegründete historische Rückforderung ist. So wie viele polnische Kommentatoren Ralph Giordano und Erika Steinbach in einen Sack stecken, ohne ihre unterschiedlichen Motivationen beim Aufgreifen der Frage der deutschen Leiden im II. Weltkrieg zu verstehen, so wollen viele deutsche Kommentatoren nicht beachten, dass Erwartungen gegenüber den Deutschen in Bezug auf die Vergangenheit nicht nur von sturen Nationalisten und Personen mit antideutschen Vorurteilen, sondern auch von liberalen und linken Kreisen formuliert werden. Pauschale Meinungen sind hier genauso falsch. Und natürlich ruft das entsprechende Reaktionen auf der polnischen Seite hervor. Und der Teufelskreis der Missverständnisse dreht sich weiter.